

GEMEINDEN WANGEN UND TUGGEN

Verlängerung von der Verlängerung für die Kibag

Am 11. August reichte die Kibag den Gemeinden Wangen und Tuggen ein Gesuch ein, damit sie ihre Verpflichtungen rund um die Nuoler Buchten weiterhin nicht einhalten muss. Die Räte stimmten lammfromm zu. Die Einsprachen folgen.

Der «March-Anzeiger» verkündete die Botschaft auf der Titelseite: Die zwischen Wangen, Tuggen und der Kibag 2008 vertraglich fixierten Kibag-Verpflichtungen könnten «wegen des Bundesgerichtsentscheids zu Nuolen See nicht eingehalten werden».

Im Kern ging es in der Mitteilung darum, dass die Kibag das über den Buchberg führende Kies-Förderband weiterhin nicht unter den Boden legen muss und die Betonanlage am Nuoler Hafen nicht abbricht.

Mit der Nachricht machen die Gemeinderäte und die Kibag den Bürgern ein X für ein U vor. Denn der genannte Bundesgerichtsentscheid hat die vertraglichen Verpflichtungen der Kibag nicht ausser Kraft gesetzt – ansonsten es ja nun auch keine dementsprechende Ratsentscheide bräuchte.

Treiben nimmt kein Ende

Das heutige Treiben um die Nuoler Buchten begann 2008. Damals bremsen die Gemeindepräsidenten Adrian



Die Kiesförderbänder in Nuolen müssten verschwunden sein.

Oberlin (Wangen) und Rolf Hinder (Tuggen) sowie die Kibag-Führung 30 Nuoler Bürger aus.

Die Herren unterschrieben einen «Öffentlich-rechtlichen Vertrag», dank dem die Kibag weiterhin Kies abbauen durfte. Für den Deal spannten sie Anwalt Linus Bruhin ein, der 30 Nuoler Bürger vertrat. Bruhin zog deren Einsprache gegen den Kiesabbau eigenmächtig zurück, damit den Kiesvertrag. Die Kibag bedankte sich

bei Bruhin mit einer Zahlung von 12 000 Franken.

Verpflichtet und nichts getan

Damals, 2008, plante die Kibag zugleich, die Nuoler Buchten mit 65 Villen zu überbauen. Und so verquickten der Baumulti und die Gemeinden den Kiesvertrag gleich noch damit.

Im Gegenzug verpflichtete sich die Kibag, das riesige Betonwerk im

Hafen von Nuolen bis Ende 2014 abzubauen und das Kiesförderband bis Ende 2016 unter Boden zu legen.

Dies ging sie leichtfüssig ein, denn sie erwartete, mit ihrem Häuserprojekt Millionen zu verdienen. Ihre Verpflichtungen unterschrieb die Kibag gleich in fünf Vertragspunkten (3.3, 3.5, 4.1, 7.1. und 9). Und unter Punkt 12 wurde bekräftigt, der Vertrag bleibe auch dann gültig, wenn Teile davon «unwirksam oder undurchsetzbar» seien.

weiterhin stehen zu lassen und die Transportbänder nicht verlegen zu müssen.

Damit aber noch nicht genug! Das Bundesgericht verpflichtete den Kanton Schwyz, für die Nuoler Buchten einen Renaturierungsplan auszuarbeiten. Dazu setzte er eine Projektgruppe zusammen, zu der auch die Grundeigentümer geladen sind. Daneben gibt es noch eine Begleitgruppe, in welcher die der Kibag nahestehende Grünen-Lobby sitzt. (Siehe ON vom 17. August zu Res Knobel und Michel Ehrhardt vom Schwyzer Umweltrat.) Da erstaunt es wenig, dass das Betonwerk der Kibag, das eigentlich abgebrochen sein müsste und dessen Weiterbestehen die Gemeinden jetzt erneut bewilligt haben, in den Planskizzen wieder mitten in der Bauzone steht. Und weitere Bauzonen am Seeufer andiskutiert sind!

Die Gemeinderatsbeschlüsse werden jetzt mit Einsprachen blockiert. Fortsetzung folgt.

Bruno Hug

Mit Grünenlobby

Tatsächlich kam das so. Denn das Bundesgericht hat am 30. März 2015 den Bau der 65 Villen verboten. Seit da aber interessierte sich die Kibag für ihre Verpflichtungen nicht mehr – und die Gemeinden und der Kanton machten mit.

Am 5. Juli 2017 nun zementierten die Räte von Wangen und Tuggen das Verwirrspiel sogar noch, indem sie der Kibag offiziell gestatteten, das Betonwerk



Wieder Bauzonen am See.

ERSTAUNLICHES AUS DEM BAUAMT VON RAPPERSWIL-JONA

Rappi: 650 Unterschriften und ein Bänkli

Für den Erhalt der Badiwiese im Lido haben schon 650 Personen unterschrieben. Sich widersprechende Aussagen aus der Bauverwaltung erstaunen – wie auch das Bänkli, das dieser Tage dort platziert wurde.

Was hier folgt, hört sich nach Beamtenwitz an: Seit drei Jahren warten die Benutzer der Lido-Wiese in Rapperswil darauf, dass die Stadt die damals abmontierte Sitzbank ersetzt. Just als die Pläne für die Schliessung dieses Badeplatzes öffentlich werden, ersetzt die Stadt die Bank. Zudem wurde ein Edelstahl-Abfallkübel samt Betonfundament platziert. Das alles dürfte einige Tausend Franken kosten.

Umgekehrt ist bekannt: Die Stadt will den Platz schliessen und mit Schilf



Vielleicht im Februar wieder weg: Abfalleimer und Sitzbank Foto: Gregor Ruoss

bepflanzen. Stadtbauchef Thomas Furrer bestätigt, dass nun nach drei Jahren die Sitzbank zurückgekommen sei. Den Kübel habe die Liegenschafts-Abteilung in Auftrag gegeben.

Falsch informiert?

Kübel- und Bänkli-Setzung sind aber nicht die einzigen Aktionen, die bezweifeln lassen, ob hier die linke Hand weiss, was die rechte tut: Für Verwir-

rung sorgte Furrer auch, als er vor Wochen gegenüber der «Südostschweiz» sagte, die Stadt wolle die Badewiese renaturieren und schliessen, da der Kanton sonst keine neue Konzession für den noch übrig bleibenden Hafen erteile. Zugleich verlange der Kanton ökologische Ausgleichsflächen für den Hafenaufbau vor 50 Jahren.

Dem widersprach der städtische Leiter Hochbau, Marcel Gämperli, umgehend. Er konterte, die Renaturierung der Wiese stehe «nicht im direkten Zusammenhang» mit der Hafenzonierung. Der Öko-Ausgleich sei mit anderen Massnahmen erfüllt worden.

Die Idee zur Renaturierung der Lido-Wiese komme von der Stadt. Dies, weil für andere Hafenanlagen voraussichtlich weitere Ausgleichsmassnahmen nötig würden. Womit klar wird:

Die Stadt will die Lido-Wiese auf Vortat renaturieren.

Widerstand wächst

Gegen den Plan wehren sich die Quartierbewohner. Jacqueline Schmid und René Denzler lancierten vor zwei Wochen dazu eine Petition. Laut Denzler haben schon 650 Personen unterschrieben. Denzler ist überzeugt, dass der Stadtrat das Projekt nicht mehr einfach durchwinken könne: «Ignoriert er die vielen Unterschriften, kommt er in Erklärungsnot.»

Denzler sieht auch noch ein anderes Problem: Eine allfällig später notwendige Erweiterung der Lido-Badi werde dadurch gefährdet. Stehe dort einmal ein Schilfgürtel, bleibe dieser auf ewig geschützt.

Gregor Ruoss



AHV-Scheinreform

2×NEIN

Heutige Rentner bezahlen für diese Reform, bekommen aber keine höhere AHV.

Den Jungen bleibt der Schuldenberg.

Ungerecht für Jung und Alt

www.generationenallianz.ch